

Kasten 1

Rahmenbedingungen für die Prognose

Der hier vorgelegten Prognose liegen folgende Rahmenbedingungen zugrunde: Der Wechselkurs des Euro gegenüber dem US-Dollar liegt bis zum Ende des Prognosezeitraums bei 1,07 US-Dollar/Euro. Die preisliche Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft ist in etwa so hoch wie im Schnitt der vergangenen fünf Jahre. Der Weltmarkt (Güter) dürfte im Jahr 2023 um 0,7% zurückgehen und im folgenden Jahr um 2,2% steigen. Ferner wird davon ausgegangen, dass die EZB ihren Hauptrefinanzierungssatz im Sommer auf 4,25% anhebt und im Jahr darauf langsam wieder senkt. Der Preis für Erdöl der Sorte Brent liegt im Durchschnitt des Jahres 2023 bei 78 US-Dollar je Barrel und im Jahr darauf bei 73 US-Dollar. Der Großhandelspreis für Gas in Europa steigt bis Winter 2023/24 auf 53 Euro je Megawattstunde und geht in den Folgemonaten auf 50 Euro zurück. Der Durchschnittspreis für Erdgas, den private Haushalte zu zahlen haben, liegt im Jahr 2023 bei 9,3 Cent und im Jahr 2024 bei 8,7 Cent je Kilowattstunde.

Im Jahr 2023 ist die Finanzpolitik in Deutschland expansiv ausgerichtet. Dies geht vor allem auf die Strom- und Gaspreisbremsen zurück, die die Verbraucherpreise und die real verfügbaren Einkommen stabilisieren. Auf der Ausgabeseite wirken darüber hinaus zusätzliche Ausgaben des Klima- und Transformationsfonds und Mehrausgaben für die Landesverteidigung expansiv. Schließlich wurden mit der Einführung des Bürgergeldes zum 1. Januar 2023 und Änderungen bei BAföG und Wohngeld monetäre Sozialleistungen ausgeweitet. Auf der Einnahmeseite werden die privaten Haushalte im laufenden Jahr durch das Inflationsausgleichsgesetz und die steuerfreie Inflationsausgleichsprämie entlastet. Schließlich regt die temporäre Senkung des Umsatzsteuersatzes auf Erdgas die Nachfrage an. Nachfragedämpfend wirkt im laufenden Jahr vor allem der Entfall temporärer Maßnahmen zur Abfederung des Verbraucherpreisanstiegs aus dem Vorjahr. Hier sind in erster Linie der Wegfall der temporären Absenkung der Energiesteuer, der Energiepreispauschale und der Entfall diverser Einmalzahlungen, etwa an Rentner und Geringverdiener, zu nennen. Auch staatliche Hilfen für Energieproduzenten dürften im laufenden Jahr kaum mehr anfallen. Auch die Corona-bedingten Ausgaben gehen im laufenden Jahr deutlich zurück. Auf der staatlichen Einnahmeseite reduziert die Anhebung der Beitragssätze zur Arbeitslosen- und Pflegeversicherung sowie der Anstieg des durchschnittlich erhobenen Zusatzbeitrags zur gesetzlichen Krankenversicherung die verfügbaren Einkommen. Alles in allem ergibt sich dennoch ein expansiver finanzpolitischer Impuls in Höhe von 0,8% in Relation zum Bruttoinlandsprodukt.

Im Jahr 2024 ist die Finanzpolitik nach jetzigem Stand restriktiv ausgerichtet. Impulse liefern zwar erneut die nochmalige Verschiebung der Eckwerte des Einkommensteuertarifs im Rahmen des Inflationsausgleichsgesetzes sowie ein weiterer Anstieg öffentlicher Verteidigungs- und Klimaschutz Ausgaben. Dem stehen aber spürbare Minder Ausgaben für die Strom- und Gaspreisbremse gegenüber, die im Frühjahr 2024 ausläuft. Auf der Einnahmeseite wirkt das Auslaufen der temporären Umsatzsteuersenkung auf Erdgas und in der Gastronomie nachfragedämpfend. Zudem dürfte der durchschnittlich erhobene Zusatzbeitrag zur gesetzlichen Krankenversicherung erneut steigen und die Anhebung des Beitragssatzes zur Pflegeversicherung zum 1. Juli 2023 wirkt im Jahr 2024 erstmals ganzjährig. Der restriktive Effekt aus diskretionären finanzpolitischen Maßnahmen beläuft sich im kommenden Jahr auf 0,8% in Relation zum Bruttoinlandsprodukt (vgl. Tabelle A13).